



# iran-report

Nr. 06/2004

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Nach den Parlamentswahlen - politische Perspektiven / Bilanz der Reformer in der letzten Sitzung des alten Parlaments / Eröffnung des neuen Parlaments / Studentenversammlung diskutiert über die künftige Rolle der Opposition / Aghadschahi - Todesurteil aufgehoben / Wächterrat stimmt Gesetz gegen Folter zu / Buch- und Pressemesse in Teheran / Neuer Teheraner Flughafen nach Eröffnung sofort geschlossen / 67 iranische Intellektuelle mit dem Tod bedroht

### II. Wirtschaft

Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsmesse in Teheran / Auswirkungen des Ölpreisanstiegs auf iranische Wirtschaft / Parlaments-Untersuchungsausschuss legt negative Bilanz der Autoindustrie vor / Freizügigkeit für ausländische Banken

### III. Außenpolitik

Iran gesteht Import von Zentrifugenteilen für atomwaffenfähiges Uran / Außenminister Charrazi besuchte Berlin / Gedenktafel für Opfer des iranisch-irakischen Kriegs enthüllt. Vorwurf an Deutschland, C-Waffen an Irak geliefert zu haben / Perez: Ohne Regimewechsel in Iran wird Irak nicht zur Ruhe kommen / Die Rolle Irans im Irak-Konflikt / Ist Chalabi iranischer Agent gewesen? / Iraner wegen Terrorismusverdacht in Marseille festgenommen



*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 07/2004 Anfang Juli) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juni 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
lorenz@boell.de  
Fax: 030-285 34 - 494  
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel: 030-285 34 - 0  
Fax: 030-285 34 - 109  
Email info@boell.de  
www.boell.de



## I. Innenpolitik

### Über die politischen Perspektiven nach den Parlamentswahlen

Am 27. Mai trat das Ende Februar gewählte Parlament zusammen. Es ist die siebte Legislaturperiode der iranischen Parlamentsgeschichte seit der Gründung der Islamischen Republik. Wie mehrfach berichtet, war es den rechten Islamisten gelungen, durch Ausschluss der meisten Kandidaten der Reformbewegung, die absolute Mehrheit im Parlament zu erringen. Durch diese Rückeroberung eines der wichtigsten Instrumente der Macht werden nun sämtliche politische Instanzen des Staates, wie das Amt des Revolutionsführers, die Justiz, der Wächterrat, der Schlichtungsrat von den Rechten beherrscht. Die Armee sowie die mächtige Organisation der Revolutionswächter befinden sich neben anderen militärischen und paramilitärischen Organisationen in der Hand der Islamisten. Dementsprechend wird die Wirtschaft von den Konservativen monopolisiert. Die einzige Ausnahme bildet die von Präsident Mohammad Chatami geführte Regierung, deren Amtszeit in einem Jahr enden wird. Eine Wiederwahl Chatamis ist schon gesetzlich nicht möglich: Ein Staatspräsident kann nicht mehr als zweimal gewählt werden. Ohnehin wäre es fraglich, ob Chatami angesichts der großen Enttäuschungen, die die Reformer im Volk erzeugt haben, wieder gewählt werden würde. Politische Beobachter in Iran rechnen fest damit, dass die Islamisten auch dieses Amt übernehmen werden.

In Teheran wird nun darüber spekuliert, was die Islamisten mit dieser geballten Macht anfangen und welchen politischen Kurs sie einschlagen werden. Es ist bekannt, dass das Lager der Konservativen nicht einheitlich ist. Grob eingeteilt gibt es auf der einen Seite Fundamentalisten, die eine Rückkehr zu den Zeiten Chomeinis, das heißt zu einem vollständig islamisierten Staat anstreben und auf der anderen Seite Pragmatiker, die die Bereitschaft signalisieren, sich soweit wie möglich nach Sachzwängen zu richten. Welche Gruppe für die nächsten Jahre den Ausschlag geben wird, ist längst nicht ausgemacht. Während die Fundamentalisten die Auffassung vertreten, dass jeder Kompromiss eine Gefahr für die Existenz des islamischen Staates bedeutet und den bereits spürbaren

Zerfallsprozess beschleunigen würde, sind die Moderaten der Ansicht, dass nur Konzessionen, sowohl in der Außenpolitik als auch gegenüber der eigenen Bevölkerung den Staat vor dem Untergang retten könnte. Allerdings scheinen auch sie der Meinung zu sein, dass man zwar die in den letzten Jahren erlangenen gesellschaftlichen Freiräume nicht zurücknehmen, im politischen Bereich jedoch hart bleiben sollte.

Man darf gespannt sein, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament im letzten Jahr der Amtszeit Chatamis gestalten wird. Beide Seiten haben ihren Willen zur Kooperation bekundet, dennoch ist fraglich, ob sich diese Absichtserklärungen in die Praxis umsetzen lassen.

Wie werden sich die Reformer im und noch wichtiger außerhalb des Parlaments verhalten? Im Parlament bilden sie eine Minderheit von rund 50 von 290 Abgeordneten. Wie bekannt, wurden die wichtigsten Figuren der Reformbewegung von der Wahl ausgeschlossen. Offen ist, ob sie und ihre Anhänger nach der großen Niederlage resignieren und sich aus der Politik zurückziehen werden oder ob sie den Versuch unternehmen werden, sich als außerparlamentarische Opposition neu zu organisieren.

Die wichtigste Frage ist natürlich, wie sich das Volk verhalten wird. Die moderaten Konservativen haben angekündigt, dass sie sich hauptsächlich um die Entwicklung der Wirtschaft kümmern wollen, um die Arbeitslosigkeit und die Inflation, um die Technologie und die Infrastruktur und um größere Aufbauprojekte. Die Chancen zur Verwirklichung dieses Programms sind in Anbetracht des raschen Anstiegs der Ölpreise gut. Demgegenüber stehen die Schwindel erregende Korruption und die Macht von gigantischen Unternehmen, die sich in der Hand der Fundamentalisten befinden. Sie beherrschen nicht nur den legalen, sondern auch den Schwarzmarkt. Dieses Machtmonopol bildet die Struktur und die Substanz der iranischen Wirtschaft und lässt sich nicht kurzfristig abschaffen. Somit ist es kaum denkbar, dass die Konservativen in der Lage sein würden, die aktuellen ökonomischen Probleme zu lösen und damit die weit verbreitete Unzufriedenheit in der Bevölkerung wenigstens halbwegs zu mildern. Wie die geringe Wahlbeteiligung gezeigt hat



und Meinungsumfragen bestätigen, hat die Mehrheit des Volkes diesem Staat längst den Rücken gekehrt. Die meisten Iranerinnen und Iraner hoffen auf einen Regimewechsel, doch kaum jemand kann wohl sagen, wie eine solche Änderung zustande kommen soll. Die Hoffnung, die die Reformer um Präsident Chatami geweckt hatten, ist längst verschwunden. Auch diejenigen, die auf eine Intervention von außen hofften, haben spätestens nach den Ereignissen im Irak erkannt, dass ein solcher Weg weder möglich noch dem Wohl des Volkes dienlich ist. Hinzu kommt, dass die Rechten eindeutig gewillt sind, sich mit dem Ausland, insbesondere mit den USA und den Staaten der Europäischen Union zu arrangieren. Somit ist zu erwarten, dass auch der Druck von außen geringer werden wird. Die einzige Hoffnung, die die politischen Aktivisten haben, richtet sich auf die iranische Zivilgesellschaft, die sich insbesondere in den letzten Jahren beeindruckend weiterentwickelt hat. Eine solche Gesellschaft - so die Meinung der Opposition - wird sich über kurz oder lang durchsetzen. Entscheidend wird hier die Haltung der Reformer: Werden sie weiterhin um die Teilnahme an der Macht kämpfen? Oder werden sie sich bemühen, das Vertrauen des Volkes zurück zu gewinnen und eine breite Oppositionsbewegung mit zu gestalten? Die folgenden Nachrichten betreffen zunächst diese Fragen.

#### **Reformer ziehen in der letzten Sitzung des alten Parlaments Bilanz**

In der letzten Sitzung der sechsten Legislaturperiode haben Abgeordnete der Reformfraktion versucht, in Anwesenheit des Staatspräsidenten Chatami und einiger seiner Regierungsmitglieder über die eigene vierjährige Arbeit Bilanz zu ziehen.

Was der Abgeordnete Ahmad Bughani als erster Redner resümierte, klang resignierend. Das Parlament sei in Zusammenarbeit mit der Regierung bestrebt gewesen, die Rechte und Freiheiten, die die Verfassung bietet, auszuschöpfen, den offenen, politischen Dialog durchzusetzen und Kritik und Selbstkritik als Motor der politischen Entwicklung zu etablieren, sagte er. Doch jeder Versuch sei an dem Widerstand des Wächterrats gescheitert. So habe man in diesem Bereich kaum Fortschritte erzielen können. Im Gegenteil. Rund sechzig Abgeordnete hätten sich wegen

ihres Einsatzes für die genannten Ziele und wegen ihrer Äußerungen im Parlament vor Gerichten verantworten müssen. Dennoch lobte Burghani das Parlament. Dieses Parlament sei mit acht verschiedenen Fraktionen die pluralistischste Volksversammlung in der Geschichte der Islamischen Republik gewesen. Das Parlament habe gründlich und zielstrebig gearbeitet. Abgesehen von der Arbeit an Gesetzen habe es sich direkt um zahlreiche Menschen gekümmert, deren Rechte missachtet worden seien. Es habe viele Ministerien, die bis dahin vorbei an der Volksvertretung regiert hätten, zur Verantwortung gezogen, so zum Beispiel das Informationsministerium, das Außen- und Verteidigungsministerium. Neu sei auch die Direktübertragung der Parlamentsdebatten durch den Rundfunk gewesen.

Der Abgeordnete Madjid Ansari setzte sich mit den Aktivitäten des Parlaments im Bereich der Wirtschaft auseinander. Er hob die Reformen hervor, die zur Veränderung der Strukturen der Wirtschaft beschlossen wurden. „Allen Behauptung der Rechten zum Trotz, die meinen, das Parlament habe sich nur mit politischen Fragen beschäftigt, können die Reformer auf die Errungenschaften der letzten vier Jahren stolz sein“, sagte Ansari. Das Parlament habe in Zusammenarbeit mit der Regierung viele Probleme im Bereich der industriellen Produktion und des Exports lösen können. Es habe die Entwicklung des Handels begünstigt, Investitionen erleichtert, die Privatisierung vorangetrieben, den Devisenmarkt geregelt, Aufbauprojekte unterstützt und wichtige Schritte für die Entwicklung der Landwirtschaft unternommen.

Der Abgeordnete Ahmad Purnedjati, dessen Worte eher wie ein Testament klangen, erläuterte die Aktivitäten des Parlaments im Bereich Kultur und Medien. „Zwischen dem, was wir wollten und was am Ende herausgekommen ist, liegt ein himmelweiter Unterschied“, sagte er. „Wir wollten die Kultur, die Presse, Rundfunk und Fernsehen und die schöpferische Arbeiter der Kunst- und Kulturschaffenden vor Willkürentscheidungen schützen. Wir sind gescheitert.“ Er appellierte an Präsident Chatami und an die neu gewählten Abgeordneten, das Parlament nicht zu einer „Versammlung von Ja- und Neinsagern verkommen zu lassen“. Jede ideologische Sturheit, jedes unlogische Beharren auf dem eigenen Standpunkt sei für den Staat tödlich, sagte er.



Auch Parlamentspräsident Mehdi Karrubi meldete sich zu Wort. Er hob die Würde und die Bedeutung des Parlaments hervor. Diese Würde sei durch die Ausgrenzung von mehr als zweitausend Kandidaten erheblich verletzt worden. Diese Willkür, die in der Geschichte der Islamischen Republik einmalig gewesen sei, werde Folgen haben. Im Gegensatz zu Purnedjati sei er nicht so pessimistisch. Im Gegenteil, er sei sicher, dass die Rechten mit ihren Vorstellungen nicht in der Lage sein werden, das Land zu regieren. „Man kann sich nicht in einem ideologischen Mauselloch verstecken und hoffen, dass alles abläuft, wie man es sich wünscht“, sagte Karrubi.

Wie zum Abschied richtete Präsident Chatami ein paar lobende Worte an das Parlament. Das Parlament habe einen enormen Druck aushalten müssen, dennoch habe es im Vergleich zu bisherigen Legislaturperioden eine beachtliche Arbeit geleistet. Es sei beklagenswert, dass die Abgeordneten oft daran gehindert worden seien, ihren Pflichten nachzugehen. „Ist es nicht verwerflich, wenn man der Volksversammlung verwehrt, für bestimmte Bereiche Gesetze zu verabschieden?“, fragte Chatami. Das Problem liege darin, dass eine Gruppe für die Mehrheit des Volkes sprechen und entscheiden will, ohne das Votum und das Vertrauen der Mehrheit erhalten zu haben. Dies sei alles andere als demokratisch. Wenn es darum gehe, alles selbst zu entscheiden und alle anderen Meinungen zu ignorieren sei das Gerede von Minderheit und Mehrheit ohnehin überflüssig. „Wem schadet es eigentlich, wenn wir die demokratischen Spielregeln akzeptieren,“ fragte der Präsident. „Wem nützt es, wenn wir junge Menschen auf den Straßen festnehmen und sie auspeitschen lassen?“

#### **Eröffnung des neuen Parlaments**

Eigentlich sollte die erste Sitzung des neuen Parlaments am 27. Mai rein zeremoniell sein und trotz aller Manipulationen, die zur absoluten Mehrheit der Konservativen geführt hatten, friedlich verlaufen. Doch sie wurde politisch und es kam auch zu einem heftigen Streit zwischen den Islamisten, die mehr als 200 der 290 Sitze erobert haben und einer kleinen Minderheit von Reformern, deren Fraktion nicht einmal fünfzig Mitglieder zählt.

Im neuen Parlament sind nur 12 Frauen vertreten.

Schaut man sich die Schar der konservativen Abgeordneten genauer an, stellt man fest, dass sich darunter nur wenige Greise befinden. Offenbar sind die Gesichter, die man seit 25 Jahren kennt und die einst zu den engsten Kampfgefährten Chomeinis gehörten, in den Hintergrund getreten, sei es weil sie die Befürchtung hatten, dass die Konservativen bei den Wahlen noch weniger Stimmen erhalten würden oder weil sie zu der Erkenntnis gelangt sind, dass es für sie selbst ratsam ist, wenn sie im Hintergrund wirken und jüngere Kräfte vorschicken.

Die meisten gewählten Mitglieder der Fraktion der Konservativen haben bei jenen Instanzen Karriere gemacht, die zu den Säulen der Macht der Konservativen gehören, das heißt beim Informationsministerium, bei der Organisation der Revolutionswächter, bei den Basidjis (Organisation des revolutionären Aufbaus), bei der Justiz und schließlich beim staatlichen Propagandaapparat, insbesondere beim staatlichen Rundfunk und Fernsehen. Sie sind ideologisch gut geschult, also in ihrem Denken und ihren Vorstellungen islamistisch, die meisten von ihnen werden aber in ihrem politischen Handeln als pragmatisch eingeschätzt. Es ist so gut wie sicher, dass sie nichts unternehmen würden, was die Macht der Islamisten schwächen könnte. Dennoch hat es den Anschein, dass sie gewillt sind, sich den Sachzwängen zu beugen. Politische Beobachter in Iran gehen davon aus, dass die Mehrheit der konservativen Abgeordneten nicht den Versuch unternehmen wird, die während der Ära Chatamis entstandenen gesellschaftlichen Freiräume wieder einzuschränken. Sie wird aber zugleich auf dem Gebiet der politischen Freiheiten und Rechte keine Kompromisse riskieren.

Vor der Eröffnung des Parlaments hatten führende Konservative angekündigt, dass sie ein friedliches Parlament anstreben und jede unsachliche Polemik vermeiden wollen. Aber schon bei der ersten Probe wurden die guten Vorsätze über Bord geworfen. Zum Eklat kam es, als Innenminister Abdolwahed Moussavi Lari dem Brauch gemäß seinen Bericht über die Wahlen vortrug. Dabei erwähnte er, dass 2185 Kandidaten, darunter 76 amtierende Parlamentsabgeordnete vom Wächterrat als ungeeignet von der



Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen worden seien. Sämtliche Bemühungen, um diesen willkürlichen Eingriff in die Wahlfreiheit zurückzunehmen, seien gescheitert. Selbst eine Intervention des Revolutionsführers habe den Wächterrat nicht umstimmen können.

Der Bericht rief bei einigen Konservativen einen heftigen Protest hervor. Sie beschimpften den Innenminister. Er besudle das Ansehen der Islamischen Republik und missachte das Votum der Mehrheit des Volkes, riefen sie. Um den Streit zu beenden, rief der konservative Abgeordnete Mehdi Kutschek-sadeh dazu auf, die USA wegen der Besetzung Iraks zu verurteilen. Daraufhin riefen zahlreiche Abgeordnete „Tod den USA“. Doch die Auseinandersetzung wurde außerhalb des Parlaments fortgesetzt.

Die Moscharekat-Partei, die größte Partei der Reformer, schrieb in einer Presseerklärung, das neue Parlament sei illegal, es vertrete nicht die Mehrheit des Volkes. Der massenhafte Ausschluss der Kandidaten der Reformfraktion durch den Wächterrat sei ein „kalter Staatsstreich“ gewesen, ein Staatsstreich gegen den Willen des Volkes und gegen die Verfassung der Islamischen Republik. Das Parlament widerspiegle die Herrschaft einer halblegalen Macht. Seine Aufgabe bestehe darin, das Handeln der nicht gewählten Instanzen zu legitimieren.

Mohammad Reza Bahonar, der im neuen Parlament als der eigentliche Strategie der Konservativen gilt, kritisierte den Innenminister in einem Interview mit der Tageszeitung Schargh. Der Minister wolle dem Ausland signalisieren, dass die Wahlen nicht korrekt gewesen seien, sagte er. Eine politische Partei könne solche Meinungen vertreten, aber nicht ein Mitglied der Regierung, der dazu noch für die Durchführung der Wahlen zuständig sei. Diese Position sei nicht hinnehmbar. Auf die Frage, ob die Konservativen gegen den Minister einen Misstrauensantrag stellen werden, sagte Bahonar, seine Fraktion habe die Absicht, mit der Regierung zusammen zu arbeiten. Doch dieser Wille müsse auch auf der anderen Seite geteilt werden. Andernfalls werde man die nötigen Konsequenzen ziehen.

Unter den Reformern herrscht die Meinung vor, dass das neue Parlament früher oder später versuchen wird, die

wichtigsten Ministerien, wie das Innenministerium, Informationsministerium, das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen und nicht zuletzt das Ministerium für Bildung und Erziehung mit eigenen Kandidaten zu besetzen. Ohnehin geht die Amtszeit Präsident Chata-mis in einem Jahr zu Ende. In Teheran wird fest damit gerechnet, dass die Konservativen auch diese letzte Instanz, die sich noch in der Hand der Reformen befindet, zurück erobern werden.

Die erste Hürde, die die Konservativen überwinden müssen, ist die Wahl des Parlamentspräsidenten. Der chancenreichste Favorit ist Hadad Adel, der in der Hauptstadt Teheran die meisten Stimmen für sich verbuchen konnte. Doch Adel ist kein Geistlicher. Würde er gewählt werden, wäre er der erste Parlamentspräsident, der nicht aus den Reihen der Geistlichen stammt. Traditionell wurde dieser Posten mit einem Geistlichen besetzt. Daher gibt es gewichtige Stimmen im Lager der Islamisten, die seine Wahl verhindern wollen. Schon diese Wahl könnte zu einer neuen Fraktionsbildung im Parlament führen.

#### **Studentenversammlung diskutiert über die künftige Rolle der Opposition**

Während die Abgeordneten im Parlament sich über die Wahlen stritten, diskutierten die Studenten in der Hauptstadt Teheran gemeinsam mit aus-  
schiedenen Abgeordneten der Reformbewegung über die Strategie der Reformbewegung. Mehrere hundert studentische Aktivisten und führende Politiker der Reformbewegung versammelten sich Ende Mai an der Technischen Fakultät der Universität Teheran und diskutierten über das Thema: „Nach den Parlamentswahlen und der Ausgrenzung aus der Macht! Schweigen und dulden, neu beginnen?“

Die nun ausgeschiedene Parlamentsabgeordnete Fatemeh Haghighatdju meinte, die Republik und die Freiheit seien die wichtigsten Ziele der islamischen Republik gewesen. Doch diese Ziele seien inzwischen in Frage gestellt. Denn in einer Republik gehöre das Parlament zum Kernpunkt des Staates. Ein Parlament, das nicht durch freie Wahlen zustande gekommen sei, könne diesen Stellenwert nicht erlangen. Dieses Parlament sei Befehlsempfänger einer absoluten Macht. Die Abgeordneten wür-



den sich nicht frei entscheiden können. Doch das Lager der Konservativen werde sich bald spalten. Die Studenten dürften zu all dem nicht schweigen. Sie sollten sich für die Fortsetzung der Reformen einsetzen.

Ahmad Purnedjati, der ebenfalls zu den abgelehnten Reformkandidaten gehört, meinte: „Wir müssen realistisch sein und unsere Niederlage erkennen. Wir müssen zugeben, dass wir nicht in der Lage waren, das gesellschaftliche Potenzial, das uns zur Verfügung stand, einzusetzen. In unserem Land gibt es eine weit verbreitete zivile Gesellschaft“, sagte er. Er sei sich sicher, dass diese mächtige Kraft, die im Wachsen begriffe sei, ihren Weg finden werde. Die Studenten seien ein Teil dieser Gesellschaft und hätten darin eine wichtige Rolle inne.

Davood Soleymani, ein weiterer abgelehnter Abgeordneter der Reformfraktion, hob die Bedeutung des Rechtsstaates hervor. „Alle Instanzen, von ganz oben bis ganz unten, müssen sich vor dem Volk verantworten“, sagte er. Der Staat sei Diener des Volkes und nicht umgekehrt. Bezüglich der heutigen Situation im Land gäbe es verschiedene Vorschläge. Manche vertreten die Ansicht, dass der islamische Staat untauglich sei und die Religion sich aus staatlichen Angelegenheiten heraushalten sollte. „Doch wir müssen erkennen, dass die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen eine grundlegende politische Umwälzung nicht gestatten. Wir müssen versuchen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die uns dieser islamische Staat zur Demokratisierung unserer Gesellschaft bietet. Ohne Realismus kommen wir nicht weiter“, sagte Soleymani.

Der Abgeordnete Hossein Ansari Rad stellte fest, dass die Vertreter der Reformbewegung sich weit vom Volk entfernt hätten. „Wir müssen nicht nur die Forderungen und Rechte der Gläubigen berücksichtigen, sondern auch die jener Menschen, die gegen den islamischen Staat sind und den Islam nicht anerkennen“, sagte er. „Sie leben mit uns gemeinsam in einem geographischen Raum, sie müssen dieselben Rechte genießen und mit derselben Würde behandelt werden.“ Nur so lasse sich ein demokratischer Rechtsstaat aufbauen.

Der Abgeordnete Mohsen Armin meinte, für ein richtiges Urteil über sechs Jahre Reformbewegung sei es noch zu

früh. Immerhin könne man feststellen, dass die Reformbewegung das politische Bewusstsein im Volk in einer beeindruckenden Weise weiterentwickelt habe. Man könne unzählige Versäumnisse und Fehler aufzählen, sollte jedoch dabei nicht die positiven Errungenschaften außer Acht lassen. Die Zeit emotional geladener Parolen sei vorbei. Nun müsse die harte, langfristige Arbeit beginnen.

Der Vertreter des islamischen Studentenvereins, Mohsen Soltani, vertrat die Ansicht, dass die „einzige Rettung des Staates“ darin bestehe, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu akzeptieren und zu würdigen.

Zamani, ein anderer Vertreter des Vereins, erklärte, die Rechten hätten geglaubt, die Reformbewegung sei von bestimmten Personen abhängig und hätten deshalb versucht, gewisse Persönlichkeiten durch Terroranschläge zu liquidieren. „Sie haben Zeitungen verboten und studentische Versammlungen und Demonstrationen niedergeschlagen. Sie haben viele wertvolle Menschen in die Flucht getrieben und meinten so in Ruhe regieren zu können. Nun müssen sie feststellen, dass Reformen den Willen eines ganzen Volkes widerspiegeln.“

#### **Aghadschari - Todesurteil aufgehoben**

Das Oberste Gericht Irans hat das Todesurteil gegen Aghadschari aufgehoben. Der Professor an der Teheraner Hochschule für Lehrerausbildung und Mitglied der an der Regierung beteiligten „Organisation der Modjahedin der islamischen Revolution“, war nach einer Rede vor Studenten in der Provinzstadt Hamadan von einem dortigen Gericht wegen „Gotteslästerung“ zum Tode, zu acht Jahren Gefängnis und 74 Peitschenschlägen verurteilt worden. Das Urteil löste landesweit Empörung und Unruhen aus. Um einer weiteren Eskalation zu vermeiden, ordnete Revolutionsführer Ali Chamenei eine Überprüfung des Urteils an. Ende Mai erklärte der Chef der Justiz in Hamadan, die Überprüfung sei beendet. Der zuständige Richter habe das Urteil bestätigt. Am 1. Juni gab der Sprecher der Justiz, Gholamhossein Elham, bekannt, dass das Todesurteil gegen Aghadschari aufgehoben worden sei.

Die Aufhebung des Todesurteils gegen den populären Reformler lässt vermuten, dass sich bei der ersten Kraftprobe im



Lager der Islamisten die Pragmatiker durchgesetzt haben.

Aghadschari gehört zu jenen Frauen und Männern, die einst mit großer Begeisterung und Opferbereitschaft für die Gründung eines islamischen Staates kämpften, heute jedoch eine demokratische und offene Gesellschaft fordern. Er hatte bei seinem Vortrag die herrschende Geistlichkeit an den Pranger gestellt. Diese habe nicht nur Gott und den Glauben, sondern auch die weltliche Macht monopolisiert. Damit erlaube sie sich jede Willkür. Sie lasse ihre Kritiker und Gegner foltern, zu falschen Geständnissen zwingen, hinrichten oder durch Terroranschläge ermorden. Er forderte einen „islamischen Protestantismus“, der sich nicht allein gegen die längst überkommene Tradition richten, sondern weit mehr für die Durchsetzung der Menschenrechte und humaner Grundsätze einsetzen sollte.

Agharis Kritik wird von der überwiegenden Mehrheit der iranischen Bevölkerung geteilt. Die Islamisten haben zwar die absolute Macht im Staat, aber es fragt sich, wie lange sie sich das Regieren gegen das Volk leisten können. Die Aufhebung des Todesurteils zeigt, dass zumindest ein Teil von ihnen den Ernst der Lage begriffen hat. Diese Fraktion der sog. Moderaten im Lager der Konservativen hat einen schweren Weg vor sich. Auf der einen Seite muss sie die Fundamentalisten im eigenen Lager im Zaum halten und auf der anderen Seite den Forderungen des Volkes nur soweit entgegen kommen, dass sie dabei nicht die Zügel verliert. Diesen riskanten Seiltanz hofft sie dadurch überstehen zu können, in dem sie außenpolitisch Kompromisse schließt, wirtschaftlich dank des enormen Anstiegs der Ölpreise die Entwicklung vorantreibt und innenpolitisch die erreichten gesellschaftlichen Freiräume nicht wesentlich einschränkt. Aber eine politische Öffnung nach innen wie etwa die Freiheit der Presse oder die Zulassung von oppositionellen Parteien wird sie sich nicht leisten können. Und genau deswegen wird sie über kurz oder lang scheitern.

### **Wächterrat stimmt dem Gesetz gegen die Folter zu**

Der Wächterrat hat einem vom alten Parlament verabschiedeten Gesetz gegen die Folter zugestimmt. Das Parlament hatte im Verlauf der zu Ende gegangenen Legislaturperiode mehrmals vergeblich versucht, die Zustimmung des Wächterrats zu einem Gesetz gegen die Folter zu erlangen. Doch erst als der Justizchef Mahmud Schahrudi Haschemi in einem Rundschreiben an alle Staatsanwälte und Untersuchungsrichter jede Anwendung von Folter und Gewalt gegen Gefangene untersagte, ergriff das Parlament die Gelegenheit und legte dem Wächterrat das zuvor abgelehnte Gesetz, das inhaltlich fast mit dem Rundschreiben des Justizchefs identisch war, vor.

Dem neuen Gesetz zufolge muss jede Verfolgung und Festnahme von Verdächtigen unter strikter Einhaltung von Gesetzen und Bestimmungen erfolgen. Dabei ist jede Anwendung von Gewalt verboten.

Ayatollah Ahmad Djannati, Vorsitzender des Wächterrates, erklärte in einem Schreiben an Parlamentspräsident Mehdi Karrubi, das nun vorgelegte Gesetz sei in Anlehnung an das Rundschreiben des Justizchefs geschrieben worden. Es stimme mit der Verfassung und den Grundsätzen des Islam überein. „Allerdings wurden Folter und längere Untersuchungshaft bereits durch ältere Gesetze untersagt“, fügte der islamische Würdenträger hinzu.

### **Buch- und Pressemesse in Teheran**

Anfang Mai fand die internationale Buch- und Pressemesse in Teheran statt. In der Pressemesse, die eine Fläche von 1400 qm umfasste, stellten mehr als tausend Zeitungen und Zeitschriften ihre Produkte aus. Auch Zeitungen und Zeitschriften aus persischsprachenden Nachbarländern nahmen an der Messe teil. Die Messe wurde von Präsident Chatami eröffnet. Einige der wichtigsten konservativen Blätter wie die Tageszeitungen Kayhan und Djomhuri Eslami sowie einige Presseverbände haben die Messe boykottiert, weil sie angeblich zu stark unter dem Einfluss der Reformer stehe.

Die internationale Buchmesse ist die Messe mit der höchsten Besucherzahl in Iran. Sie wird nicht nur von Intellek-



tuellen, sondern vor allem von Jugendlichen besucht. Sie ist inzwischen zu einem Ort der Begegnung und des Meinungsaustauschs geworden. In diesem Jahr wurde die Messe von fast einer Million Menschen besucht.

#### **Neuer Flughafen von Teheran nach der Eröffnung sofort geschlossen**

Wenige Stunden nach der Eröffnung des neuen Flughafens in Teheran wurde er durch eine Anordnung der Armee wieder geschlossen. Die Schließung wurde damit begründet, dass als Betreiber ein österreichisch-türkisches Konsortium ausgewählt worden sei. Dies bedrohe „die Sicherheit des Landes und verletze seine Würde“, hieß es in der Erklärung der Armee. Die Schließung erfolgte, nachdem eine Maschine bereits auf dem neuen „Imam Khomeini International Airport“ (IKIA) gelandet war. Eine zweite Maschine, die ebenfalls landen wollte, wurde zu einem anderen Flughafen umgeleitet.

Die Armee bezeichnete die Entscheidung, das Konsortium Tepe-Afken-Vie (TAV) mit der Betreibung des Flughafens zu beauftragen, als „unangebracht“. Die Verantwortlichen hätten dabei weder die Sicherheitszwänge noch das Gesetz des Nationalen Sicherheitsrates beachtet, welches den Einsatz ausländischer Kräfte verbiete.

Der 45 Kilometer südlich der Hauptstadt gelegene Flughafen war erst nach dreißigjährigen Bauarbeiten fertig gestellt und am 1. Februar mit großem Pomp eingeweiht worden. Die Inbetriebnahme verzögerte sich jedoch wegen zahlreicher Probleme weiter. TAV wurde von der konservativen Presse wegen „zionistischer Aktivitäten“ beschimpft.

Politische Beobachter in Teheran äußerten die Vermutung, dass bei der Schließung des Flughafens durch die Armee mehr politische Aspekte eine Rolle gespielt haben als Befürchtungen um die Sicherheit des Landes. Ihrer Meinung nach wollten die Konservativen der Regierung Chatami den Triumph nicht gönnen, ein so großes und repräsentatives Objekt fertig gestellt zu haben.

#### **67 iranische Intellektuelle mit dem Tod bedroht**

In Teheran kursierte eine Liste, in der die Namen von 67 Intellektuellen und Oppositionspolitikern aufgeführt sind, die mit dem Tode bedroht wurden. Eine Gruppe mit dem Namen „Die stolze Armee des Propheten“ hatte die Erklärung unterzeichnet. Unter den Namen befinden sich neben der Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi auch Namen bekannter oppositioneller Rechtsanwälte, Schriftsteller und Künstler. „Die stolze Armee des Propheten wird in ihrer ersten revolutionären Aktion den Boden des iranischen Islam vom korrupten Blut dieser Gruppe der Verdorbenen dieser Erde reinwaschen“, heißt es in der verbreiteten Erklärung. Wegen der häufigen Mordanschläge in den vergangenen Jahren wird diese Erklärung ernst genommen. Dennoch wird die Echtheit der Erklärung, zumal sie von einer völlig unbekanntem Gruppe unterzeichnet ist, angezweifelt.

## II. Wirtschaft

### **Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsmesse in Teheran**

Ende Mai fand die 11. internationale Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsmesse in Teheran statt. Wie der Reporter des persischsprachigen Auslandsenders Radio Farda berichtete, waren bei dieser Messe mehr als 200 iranische und 42 ausländische Firmen vertreten. Ausgestellt waren neben Landwirtschaftsprodukten und Nahrungsmitteln auch Maschinen. Die Messe bietet für die Produzenten die einzige Gelegenheit, sich umfassend über den neusten Stand der Technik in der Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie zu informieren. Ein großes Problem für die Hersteller der Nahrungsmittel bildet die Verpackung. In diesem Bereich herrscht in Iran ein großer Mangel.

Zurzeit gibt es in Iran rund zehn Firmen, die Maschinen zur Herstellung von Nahrungsmitteln produzieren. Damit ist der Bedarf längst nicht gedeckt. Zum Beispiel fehlt es an Maschinen zur Herstellung von Nudeln.

Auffallend in diesem Jahr war, dass auch chinesische und thailändische Firmen an der Messe teilnahmen. Sie konnten durchaus mit den Firmen aus der Schweiz und aus Italien, die bisher auf der Messe führend waren, konkurrieren. Auch türkische Firmen waren vertreten.

### **Auswirkungen des Anstiegs der Ölpreise auf die iranische Wirtschaft**

Nach Ansicht des Wirtschaftsjournalisten Fereydu Chawand könnte sich der unerwartete Anstieg der Ölpreise auf dem Weltmarkt auf die iranische Wirtschaft sowohl negativ als auch positiv auswirken.

Die Regierung Chatami war in den ersten zwei Jahren ihrer Amtszeit mit erheblichen Devisenproblemen konfrontiert. 1999 fiel der Preis für ein Barrel Öl auf zehn Dollar. Einige Marktanalysten waren damals sogar der Meinung, der Ölpreis könnte bis auf fünf Dollar pro Barrel fallen. Doch nun, im letzten Jahr der Regierung Chatamis, hat der Ölpreis die Marke von 40 Dollar pro Barrel erreicht. Nach Ansicht einiger Analysten könnte er sogar bis 50 Dollar steigen. Allerdings haben sich Voraussagen für den

Ölmarkt oft als falsch erwiesen. Wie auch immer, sollte sich der Preis auf dem gegenwärtigen Stand halten, würde Iran im laufenden Haushaltsjahr Einnahmen von mehr als 30 Milliarden Dollar aus dem Ölverkauf erzielen.

Die Frage ist nun, was der Staat mit diesen unerwarteten Einnahmen anfangen wird. Der Preisanstieg würde sich nur dann positiv auf die Wirtschaft auswirken, wenn der Staat die Einnahmen zum Teil als Devisenreserven zurücklegen und sie zum Teil in produktive Bereiche investieren würde. Sollte aber der Staat die Einnahmen dazu verwenden, um die Verwaltung auszuweiten und den Import zu steigern, wäre die Auswirkung negativ.

Chawand vertritt die Ansicht, dass allem Anschein nach das negative Szenario bereits begonnen habe. Er zitiert aus einem Leitartikel der in Teheran erscheinen „Donjaj-e Eghtesad“ (Welt der Wirtschaft), in dem es heißt: „Die Politiker lassen sich von den hohen Einnahmen berauschen und vergessen dabei, wie pfeifende Spatzen, die harten Tagen, die kommen werden.“

### **Parlaments-Untersuchungsausschuss legt negative Bilanz der Autoindustrie vor**

Nach einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA hat sich ein Parlaments-Untersuchungsausschuss mit der iranischen Autoindustrie befasst. Er legte seine Ergebnisse der Presse vor. Der Ausschussvorsitzende Gholam Heydar Salami warf der Regierung vor, in der Autoindustrie die Interessen des Landes nicht wahrgenommen und diese Branche nicht sachgemäß gefördert zu haben. Zwar werde immer wieder davon gesprochen, dass die Autoindustrie sich im Iran rasch entwickelt und Jahr für Jahr die Produktion einen neuen Höhepunkt erreicht habe, doch in Wirklichkeit habe nicht die Eigenproduktion, sondern der Import zugenommen. Es gäbe eine ganze Reihe von Unternehmen, die importierte Autos als Eigenproduktion verkaufen. Sonst wäre es nicht möglich, dass die Zahl der angeblich produzierten Autos in den letzten Jahren von 70 tausend auf 700 tausend angestiegen sei, aber die Zahl der Beschäftigten in der Autoindustrie bei weitem nicht entsprechend zugenommen habe. Auch die Zulieferunternehmen hätten sich nicht sonderlich vermehrt. Diese Umstände hätten dazu geführt, dass selbst die im Land produzierten

Autos um 25 bis 30 Prozent über dem tatsächlichen Marktpreis verkauft werden würden. Die Herstellung dieser teuren Autos hätte wirtschaftlich wenig Sinn. Wenn man nicht billigere Autos als die importierten herstellen könne, wäre es besser, sich auf den Import von Fahrzeugen zu beschränken. Die Ursache der Misere liege darin, dass auf dem Markt kein freier Wettbewerb herrsche. Manche Instanzen hätten gewisse Bereiche der Wirtschaft für sich monopolisiert. Zum Beispiel sei der Organisation der Revolutionswächter mit 60 Prozent an dem Unternehmenskette „Bahman“ beteiligt.

meisten Vertretungsbüros ausländischer Banken in Filialen umgewandelt werden.

Salami warf der Regierung vor, sich um solche unerlaubten Machenschaften nicht gekümmert zu haben. Auch die Investitionen, die der Staat zur Förderung der Autoindustrie getätigt habe, hätten ihren Sinn verfehlt und statt dessen dem jetzigen Zustand Vorschub geleistet.

Auch ausländische Firmen hätten sich nicht an ihre vertraglichen Abmachungen gehalten, sagte Salami. Sie haben sich bisher geweigert, mit den Montagebetrieben, die sie in Iran errichtet haben, auch die Technologie und das Know how zu vermitteln. „Sie erzielen die höchsten Gewinne, die sie in Form von Devisen ins Ausland transferieren, ohne zu der Entwicklung unseres Landes etwas beizutragen“, beklagte Salami. Eine französische Firma zum Beispiel habe einen Gewinn von rund 1,4 Milliarden Dollar erzielt, ohne nur einen Heller für die Fort- und Ausbildung auszugeben.

### **Freizügigkeit für ausländische Banken**

Mit der Verabschiedung des vierten Entwicklungsplans durch das Parlament können ausländische Banken nach 25 Jahren Islamischer Republik zum ersten Mal in Iran ihre Filialen eröffnen und Bankgeschäfte tätigen.

Bisher war es ausländischen Banken lediglich gestattet, Vertretungsbüro zu unterhalten. Diesen Büros war nicht erlaubt, Bankgeschäfte zu tätigen. Ihre Funktion bestand lediglich darin, zwischen ausländischen Gesellschaften und dem iranischen Staat bzw. den iranischen Unternehmen zu vermitteln. Der vierte Entwicklungsplan wird – die Zustimmung des Wächterrats vorausgesetzt – im nächsten Jahr in Kraft treten. Es wird allgemein angenommen, dass die



### III. Außenpolitik

#### **Iran gesteht Import von Zentrifugenteilen für atomwaffenfähiges Uran**

Iran hat zum ersten Mal zugegeben, dass es Teile für Zentrifugen zur Herstellung von atomwaffenfähigem Uran im Ausland gekauft hat. Dies geht aus einem vertraulichen Bericht hervor, den der Generaldirektor der Internationalen Atombehörde (IAEA), Mohammad el Baradei, den 35 Mitgliedern des Gouverneursrats vorgelegt hat. Teheran hatte bisher den Import dieser Teile bestritten und behauptet, sie selbst hergestellt zu haben.

Der Gouverneursrat der IAEA wird am 14. Juni in Wien tagen. Im Mittelpunkt der Tagung steht das Thema Iran. Die USA sowie Israel werfen Iran vor, seit Jahren heimlich an der Herstellung von Nuklearwaffen zu arbeiten. Diese Behauptung wird von den iranischen Behörden vehement bestritten.

Teheran hatte, nicht zuletzt auf Drängen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens im Dezember vergangenen Jahres das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag unterzeichnet und sich damit verpflichtet, sein Atomprogramm vollständig offen zu legen und der IAEA den unangemeldeten Zugang zu sämtlichen Atomanlagen und Einrichtungen zu gestatten. Diesem Abkommen zufolge machten sich Inspektoren der IAEA auf den Weg und entdeckten bereits bei ihren ersten Untersuchungen Spuren von hoch angereichertem Uran und anderen Substanzen sowie moderne Zentrifugen zur Urananreicherung. In einer Einrichtung in Farajand sei 36-prozentiges Uran-235 gefunden worden, heißt es in dem Bericht el Baradais an den Gouverneursrat. Diesem Bericht zufolge werden in drei iranischen Nuklearanlagen außerdem weiterhin Komponenten für Atomzentrifugen hergestellt. All dies hatte Teheran in einer zuvor der Atombehörde vorgelegten Bericht verschwiegen.

Iran hatte bislang versichert, sein Programm zur Urananreicherung eingestellt zu haben. In dem IAEA-Bericht wird dies für drei Einrichtungen bestätigt, aber zugleich festgestellt, dass die Produktion von Komponenten für Atomzentrifugen in drei zu privaten Unternehmen gehörenden Einrichtungen fortgesetzt werde.

In Diplomatentreisen in Wien wird darüber gerätselt, aus welchem Land Iran die Zentrifugen importiert haben könnte. Einige Diplomaten vermuten, dass es sich um Pakistan oder Russland handelt. Andere meinen, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass Iran selbst die Zentrifugen produziert habe.

Iran bestreitet vehement, Atombomben herstellen zu wollen. Das Atomprogramm diene ausschließlich friedlichen Zwecken und der Energieversorgung des Landes. Teheran hatte Ende Mai der Atombehörde einen ausführlichen Bericht über sein Atomprogramm vorgelegt. „Wir haben unseren Beitrag geleistet und hoffen jetzt, dass bei der nächsten IAEA-Sitzung der Streit ohne jede Politisierung und ohne jedes Vorurteil beigelegt wird“, sagte Irans Außenamtssprecher Hamid-Reza Assefi vor Journalisten in Teheran. Sollte der Konflikt nun nicht rasch beigelegt werden, werde Iran den Vertrag mit der Atombehörde kündigen, drohte die iranische Regierung.

Trotz unaufhörlicher Dementis aus Teheran gibt es insbesondere aus Kreisen der Konservativen die Meinung, auch Iran benötige zu seiner Verteidigung Atomwaffen. Es sei nicht nachvollziehbar, warum Israel und in unmittelbarer Nachbarschaft Indien und Pakistan über Atomwaffen verfügen, während Iran auf den Ausbau seiner Verteidigung verzichten soll. Ferner zeige das Beispiel Nordkorea, dass ein Land mit Atomwaffen nicht so leicht angreifbar sei. Die Reformer streben nicht den Bau von Atombomben an. Sie fordern, dass die ganze Region zu einer atomfreien Zone erklärt wird.

#### **Außenminister Charrazi besuchte Berlin**

Der iranische Außenminister Kamal Charrasi hielt sich Anfang Mai zu einem kurzen Besuch in Berlin auf. Er bezeichnete später im iranischen Fernsehen sein Gespräch mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer als nützlich und als Basis für eine Fortführung der engen Partnerschaft. „Auch in der Atomdiskussion werden wir weiterhin den Weg gemeinsam beschreiten, um das Kapitel (Atomkonflikt) bald zu beenden,“ sagte der Minister.

Er berichtete von unterschiedlichen Auffassungen in der Atomfrage in Ber-



lin und Washington. Die USA hätten hier einen anderen Kurs eingeschlagen. Ihr Ziel sei, den Konflikt zu politisieren und Iran unter Druck zu setzen. Deutschland zeige hingegen eher Bereitschaft zur Kooperation.

Bei dem Gespräch mit Charrasi hat Außenminister Fischer die „Betroffenheit der Bundesregierung“ über die Bestätigung des Todesurteils für den iranischen Reformler Haschem Aghadschahi zum Ausdruck gebracht. Zugleich zeigte er sich ermutigt von den Äußerungen des reformierten iranischen Präsidenten Mohammad Chatami, der das Urteil gegen Aghadschahi bedauert hatte. Charrasi entgegnete, die Entscheidung des Gerichts sei nicht endgültig. Wie berichtet (S. 7 in diesem Report) wurde das Urteil inzwischen vom Obersten Gericht Irans aufgehoben.

Zur Sprache kam bei dem Treffen auch die vorübergehende Schließung des Deutschen Sprachinstituts in Teheran durch iranische Behörden. Fischer betonte, er hoffe, die „Frage des Dauerbetriebs“ zufrieden stellend gelöst werden könne. Das Institut war nach Unstimmigkeiten zwischen Teheran und Berlin wegen der Errichtung einer Gedenktafel im Berliner Stadtbezirk Charlottenburg geschlossen worden. Die Tafel erinnert an die Mordattentate von 1992 in Berlin gegen iranische Dissidenten.

Weitere Themen bei dem Gespräch waren die Lage im Irak und das iranische Atomprogramm. Charrasi betonte, die Misshandlungen irakischer Gefangener durch US-Soldaten hätten die Lage dort noch verschlechtert. Sein Land wolle aber alles tun, um zur Sicherheit in Irak beizutragen. Teheran stehe hierzu in Kontakt mit dem UN-Sondergesandten Lakhdar Brahimi.

Weiter sicherte der iranische Außenminister zu, sein Land werde seine Verpflichtungen hinsichtlich seines Atomprogramms einhalten. Fischer betonte, die Vereinbarungen zwischen Iran und der Internationalen Atombehörde (IAEA) müssten „präzise und umfassend“ umgesetzt werden.

### **Gedenktafel für Opfer des iranisch-irakischen Kriegs enthüllt. Vorwurf an Deutschland, C-Waffen an Irak geliefert zu haben**

Zwei iranische Kriegsversehrte haben vor der deutschen Botschaft in Teheran eine Gedenktafel enthüllt, auf der die Erinnerung an den irakischen Chemiewaffeneinsatz im Golfkrieg von 1980 bis 1988 mit schweren Vorwürfen an Deutschland verbunden wird. Die „chemischen Massaker“ an Iranern durch das Regime von Saddam Hussein seien für das iranische Volk mit der deutschen Regierung verbunden, steht auf der Tafel. Deutschland habe Irak damals mit den chemischen Substanzen für die verheerenden Waffen beliefert.

Einer der Versehrten, Ahmad Parjab, sagte: „Wir fordern, dass sich die damaligen Führer Deutschlands vor einem internationalen Kriegsverbrechertribunal verantworten und Schadenersatz zahlen.“ Er sprach von rund 100 Menschen, darunter mehrere C-Waffen-Opfer.

Die Gedenktafel steht auf einem vier Meter hohen Sockel vor dem Konsulareingang der deutschen Botschaft. Sie wurde von der Teheraner Stadtregierung errichtet, die in einem daneben aufgestellten Zelt zudem eine Ausstellung mit Bildern von C-Waffen-Opfern des Krieges mit Irak zeigt.

Offiziell wurde keine Verbindung zu einer von der Berliner Verwaltung im Stadtbezirk Charlottenburg errichteten Gedenktafel hergestellt, mit der an die Ermordung kurdisch-iranischer Dissidenten im Restaurant Mykonos 1992 erinnert wurde. Ein Vertreter der Teheraner Stadtregierung, Mehdi Chamran, bezeichnete die Berliner Initiative als „hässlichen Schritt“. Auf der Berliner Gedenktafel werden die damals in Iran verantwortlichen Personen für das Attentat verantwortlich gemacht. Ein deutsches Gericht hatte 1997 die iranischen Behörden für die Morde verantwortlich gemacht. Iran wies damals jede Beteiligung zurück.

Die Bundesregierung äußerte in Berlin ihr Bedauern über das Los der iranischen C-Waffen-Opfer, wies aber eine Verantwortung Deutschlands dafür zurück. In einem Brief des deutschen Botschafters an iranische Kriegsversehrtenorganisationen wurde nach Angaben aus Berliner Regierungskreisen darauf hingewiesen, dass mehrere deut-



sche Geschäftsleute wegen illegaler chemischer Lieferungen an Irak in den 80er Jahren verurteilt worden seien.

### **Perez: Ohne Regimewechsel in Iran wird Irak nicht zur Ruhe kommen**

Der Vorsitzende der Arbeiter-Partei Israels, Shimon Perez, meinte in einem Interview mit der italienischen Zeitung „Il Folio“, so lange es in Iran keinen Regimewechsel gäbe, werde Irak nicht zur Ruhe kommen. Iran bilde eines der größten Hindernisse für den Frieden im Irak.

Um die Lage im Irak zu normalisieren, bedürfe es drei Voraussetzungen, sagte Perez. Zunächst müsse man die Staaten im Nahen Osten davon überzeugen, dass der Terrorismus nicht nur für die USA und für Europa eine Gefahr darstelle, sondern auch für die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens. Zweitens bilde die Islamische Republik Iran ein großes Hindernis für den Frieden im Irak. „Die Grenzen zwischen Iran und Irak widerspiegeln nicht allein die zwei unterschiedlichen Auffassungen vom Islam. Sie weisen auch auf verschiedene Ansichten über die Beziehungen der Region zum Westen“, fügte Perez hinzu. „Solange die gegenwärtige Macht in Iran regiert, wird das Land mit seinem großen Einfluss bei den irakischen Schiiten jede Normalisierung der Lage verhindern, um damit der eigenen Rolle mehr Gewicht zu verleihen.“ Zum Glück befinde sich die Islamische Republik in einem Prozess, bei dem die Zahl der Unzufriedenen, die eine Änderung der Lage fordern, immer weiter zunehme. „Ich bin im Bezug auf Iran sehr optimistisch und hoffe, dass die Menschen in diesem Land ihr Schicksal bald selbst in die Hand nehmen werden.“

Als drittes Hindernis nannte Perez die eingesetzten Waffen im Irak. Diese seien alt und für klassische Kriege geeignet.

### **Die Rolle Irans im Irak-Konflikt**

Teheran hat an verkehrsreichsten Straßen der Hauptstadt Folterbilder aus Irak plakatieren lassen. Es sind die inzwischen weltweit bekanntesten zwei Fotos, das Foto der Lynndie England, die einen nackten irakischen Gefangenen im Gefängnis von Abu Ghraib bei Bagdad an der Leine hält und das eines an Strom-

kabel angeschlossenen Häftlings mit Kapuze, der auf einer Pappkiste steht. Neben diesen beiden Plakaten ist ein weiteres Plakat zu sehen, das einen palästinensischen Vater zeigt, dessen Sohn von israelischen Soldaten erschossen wurde. „Gestern Palästina, heute Irak“, steht auf den Tafeln geschrieben.

In den letzten Wochen wurde, insbesondere seit den Angriffen der Besatzer im Irak gegen die heiligen Städte Nadschaf und Kerbela, jede Gelegenheit zum Anlass genommen, um Emotionen gegen die USA zu schüren. Revolutionsführer Ali Chamenei hat den Freitag vergangener Woche wegen der „Entweihung“ heiliger schiitischer Stätten im Irak durch die US-Armee zum nationalen Trauertag erklärt. Der „heilige Charakter“ der Sahleh-Moschee und der Schrein des Imam Ali in Nadschaf seien zum Ziel der US-geführten Besatzungstreitkräfte geworden. Mit derartigen Aktionen sowie „Gräueltaten“ an irakischen Gefangenen hätten die USA „Hass im Herzen des irakischen Volkes gesät“, betonte der Revolutionsführer in seiner Botschaft an „das Volk der gläubigen Muslime“. Wohl nicht ohne Zustimmung der herrschenden Geistlichkeit haben einige hundert Studenten an mehreren Tagen vor der britischen Botschaft demonstriert und das Botschaftsgebäude mit Steinen und Molotow Cocktails beworfen. Noch radikaler gebärdeten sich einige islamistische Führer paramilitärischer Organisationen. Sie riefen zu freiwilliger Teilnahme an Selbstmordkommandos auf. Der Internetdienst Rooydad berichtete, dass die erste Truppe der Selbstmord-Attentäter sich bereits auf dem Weg nach Irak gemacht habe.

Diese verbalen Attacken und Propagandafeldzüge stehen im Widerspruch zu der offiziellen Politik Irans. Teheran war zwar entschieden gegen den amerikanischen Angriff, vor allem weil es befürchtete, dass die USA im Falle des Erfolgs auch vor iranischen Grenzen nicht halt machen würden. Doch gegen den Sturz Saddam Husseins hatte man absolut nichts einzuwenden. So zeigte sich Iran, ähnlich wie im Krieg gegen Afghanistan, auch während der Invasion gegen Irak bereit, mit dem „großen Satan“ USA zu kooperieren. In mehreren Geheimverhandlungen wurden militärische und Sicherheitsfragen erörtert. Die Islamische Republik Iran gehörte zu jenen Ländern, die sogleich nach seiner Bildung den von den USA einge-



setzten provisorischen Regierungsrat Iraks offiziell anerkannten. Mitglieder des Regierungsrats haben sich in den letzten Monaten erstaunlich oft zu Gesprächen in Teheran aufgehalten.

Iran verfügt über weitreichenden Einfluss im mehrheitlich von Schiiten bewohnten Nachbarland Irak. Die meisten schiitischen Großayatollahs im Irak sind iranischer Herkunft. Iran bildete auch das wichtigste Exilland für irakische Oppositionelle, die vor dem Regime in Bagdad flüchteten. Die Führer der Bewegung al-Dawa, die vor über zwanzig Jahren vom Saddam-Regime niedergeschlagen wurde, begaben sich schon 1980, zu Beginn des iranisch-irakischen Kriegs nach Iran. Ihnen folgten tausende Mitglieder, die in Iran militärisch ausgebildet wurden. Sie bildeten den militärischen Arm des „Hohen Rats der islamischen Revolution Iraks“ (SCIRI), der vom Schiitenführer Ayatollah Hakim in Iran gegründet wurde. Auch zu den beiden großen kurdischen Organisationen pflegte Teheran über Jahrzehnte enge Beziehungen, obwohl die Kurden im eigenen Land unterdrückt und bekämpft wurden.

Zwischen Iran und Irak herrscht ein reger Verkehr. Rund 4000 Personen passieren täglich aus Iran kommend, trotz des von den Besatzungsmächten verhängten Einreiseverbots die irakische Grenze. Die Gründe der abenteuerlichen und lebensgefährlichen Reise sind unterschiedlich. Zum Teil handelt es sich um Pilger, die endlich nach dem Sturz von Saddam Hussein den Besuch der für die Schiiten wichtigsten Heiligtümer in Nadschaf und Kerbela wagen können. Auch Schmuggler sind unterwegs, die die gute Chance auf lukrative Geschäfte in dem vom Krieg zerstörten Land wahrnehmen wollen. Politische Beobachter vermuten, dass sich unter den Reisenden auch politisch-religiöse Aktivisten, ebenso wie Terroristen, gar Selbstmordkommandos befinden. Die USA sind sich jedenfalls dessen sicher. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat Iran und Syrien oft vorgeworfen, sie würden ihre Grenzen nicht ausreichend kontrollieren und die Einreise von Terroristen nicht verhindern. Teheran bezeichnete diese Behauptung als völlig abwegig. Außenamtssprecher Hamidreza Assefi entgegnete: „Die Ursache für die Ausbreitung des Terrorismus im Irak liegt im Verhalten der USA. Die Amerikaner wollen die Schuld für das, was sie selbst an-

gerichtet haben, anderen in die Schuhe schieben.“

Zieht man über die Zeit seit dem Kriegsbeginn Bilanz, stellt man fest, dass Iran dem Nachbarland Irak gegenüber eine Doppelstrategie verfolgt. Auf der einen Seite unterstützt Teheran den irakischen Widerstand, um ein Scheitern der USA herbeizuführen, damit diese das Land verlassen. Denn ein Erfolg der USA im Irak könnte für die Islamische Republik verheerende Folgen haben. Die Kriegsaktion könnte Schule machen und Iran wäre vermutlich das nächste Land, das sich die USA vornehmen würden.

Auf der anderen Seite will sich die Islamische Republik als eine Macht des Friedens präsentieren und wenn möglich als Vermittler im irakischen Konflikt international akzeptiert werden. „Wir sind bestrebt, das irakische Volk bei der Bildung eines demokratischen Staates zu unterstützen“, sagte der iranische Außenminister Kamal Charrasi. „Als Saddam Hussein regierte, haben wir den irakischen Widerstand unterstützt. Sämtlich Gruppen der irakischen Opposition, ob Schiiten, Sunniten oder Kurden, sie alle zählten zu unseren Freunden.“ Charrasi bestritt zwar jegliche direkte Zusammenarbeit mit den USA, betonte jedoch, dass sowohl Teheran als auch Washington den Wunsch hätten, den Konflikt im Irak zu beenden und Frieden herzustellen. Und er fügte hinzu: „Die Amerikaner erkennen zwar die positive Rolle Irans im Irak an, aber sie schätzen den Rat anderer Staaten nicht.“ Deutlicher kann die Offerte an Washington nicht sein.

Den herrschenden Ayatollahs in Iran ist bewusst, dass der Wunsch, im Irak ähnlich wie in Iran, einen Gottesstaat zu gründen, völlig abwegig ist. Sämtliche einflussreiche Führer der Schiiten im Irak lehnen einen solchen Staat ab. Gleichzeitig steht jedoch fest, dass die Schiiten im künftigen irakischen Staat eine dominante Rolle spielen werden. Ein solcher Staat könnte für Iran Machzuwachs bedeuten, es sei denn, dieser Staat wird tatsächlich demokratisch und säkular. Eine solche Entwicklung muss aus der Sicht der Herrscher der Islamischen Republik unbedingt verhindert werden.

**Ist Chalabi iranischer Agent gewesen?**

Laut US-Medienberichten hat der irakische Politiker Ahmad el Chalabi wichtige US-Geheimnisse an Iran verraten. Bereits am 25. Mai hatte The Guardian unter Berufung auf Mitglieder des US-Geheimdienstes berichtet, dass Chalabi, Vorsitzender des „Irakischen Nationalkongresses“, US-Geheimdiensten falsche Informationen zugespielt habe, um die Regierung in Washington zu einem Angriff gegen Irak zu ermuntern, mit dem Ziel, nach dem Sturz Saddam Husseins den Weg für die Schiiten an die Macht zu ebnen. Die CIA sei inzwischen im Besitz von Erkenntnissen, die auf eine geheime Zusammenarbeit von Chalabi mit der iranischen Regierung hinweisen.

Am 2. Juni berichteten mehrere amerikanische Zeitungen, dass Chalabi überaus wichtige US-Geheimnisse an Iran verraten habe. Unter anderem habe er einem iranischen Regierungsvertreter übermittelt, dass es den Vereinigten Staaten gelungen sei, den iranischen Geheimdienstcode zu knacken. Dieser Erfolg hatte den USA die Möglichkeit gewährt, wichtige Informationen über Iran zu erhalten.

Offensichtlich hat diese Erkenntnis dazu geführt, dass Chalabi, der lange Zeit Favorit des Pentagon für die politische Spitzenposition im Nachkriegsirak gewesen war, vor einigen Wochen in Ungnade fiel.

Bereits im April wurde Chalabis Hauptquartier in Bagdad durchsucht. Der New York Times zufolge waren damals einzelne Medien seitens der US-Regierung detailliert über die Vorwürfe gegen Chalabi unterrichtet, aber gebeten worden, die Informationen mit Rücksicht auf laufende Geheimdienstoperationen noch zurückzuhalten. Nun haben sie grünes Licht erhalten.

Den Berichten zufolge gab Chalabi die Informationen über das Knacken des Codes an einen iranischen Vertreter in Bagdad weiter. Dieser habe die Angaben aber angezweifelt und dann eine Nachricht über sein Gespräch mit Chalabi nach Teheran geschickt. Dieses Kabel sei von der amerikanischen Seite abgefangen worden.

**Iraner wegen Terrorismusverdacht in Marseille festgenommen**

Im südfranzösischen Marseille wurde ein großes Waffenlager ausgehoben, das möglicherweise für terroristische Anschläge hätte genutzt werden können. Nach Mitteilung der Polizei wurde dabei ein 47-jähriger Iraner festgenommen, in dessen Wohnhaus sich das Waffendepot befand. Der Iraner war wegen mutmaßlicher terroristischer Tätigkeit registriert. Die Sicherheitskräfte befürchteten bei ihrem Zugriff einen Anschlag. Daher wurden vorsorglich 60 Anwohner evakuiert, bevor die Tür zur Wohnung des Iraners und ein Fenster gesprengt wurden.

Die Aktion erfolgte, nachdem Anwohner einen Hinweis gegeben hatten. Die Polizei beschlagnahmte sieben Kilogramm Sprengstoff, ein Sturmgewehr, fünf weitere Schusswaffen, mehrere Granaten und Material für Einbrüche, Blaulichter und Handschellen. Die Ermittler schlossen nicht aus, dass es sich um ein Waffenlager zur Vorbereitung terroristischer Anschläge handelte. Es sei aber auch möglich, dass das Waffendepot von Schwerkriminellen angelegt und genutzt wurde.

Der Iraner wurde in seiner Wohnung im vierten Stock festgenommen. Die Ermittlungen konzentrieren sich zunächst darauf, ob er, dem der Keller gehört, auch der Eigentümer der Waffen ist. Unter den beschlagnahmten Materialien befanden sich auch spanische Straßenkarten.